

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 2 14 08), Görresstraße

Nr. 92/93

Bonn, den 20. November 1954

VIII. Jahrg.

Moskaus Politik der Demonstrationen

Auf dem internationalen Verhandlungstisch liegen jetzt zwei sowjetische Noten. Die in Paris dokumentierte Einmütigkeit und Entschlossenheit des Westens hat Moskau, wie immer in solchen Fällen, zu gewissen diplomatischen Demonstrationen veranlaßt. Wenn der Westen den Eindruck der Uneinigkeit und Unentschlossenheit macht, pflegt Moskau erfahrungsgemäß weniger zu solchen politischen Offerten bereit zu sein.

Noch ehe den Sowjets die Antwort auf ihre letzte Note von den Westmächten erteilt war, hatten sie sich beeilt, diese zweite Note abzusenken. Nunmehr waren es nicht nur drei Adressaten, sondern 23, darunter natürlich auch die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ der Pieck und Grotewohl. Je weiter in solchen Fällen der Kreis der Eingeladenen gezogen wird, um so begrenzter pflegt die Ernsthaftigkeit der Absichten zu sein.

Der Inhalt der Note selbst war keineswegs besonders interessant. Sie enthielt überhaupt keine neuen Vorschläge für eine Lösung der deutschen und österreichischen Frage, um die es auf dieser Konferenz über ein kollektives Sicherheitssystem hauptsächlich gehen soll. In den Forderungen an den Westen ist Sowjetrußland allerdings, wenigstens dem Anschein nach, einen Schritt zurückgewichen. Das noch auf der Berliner Außenministerkonferenz von Molotow gestellte Ansinnen, das System des Nordatlantikkpaktes aufzulösen, wird jetzt nicht wiederholt. Es ist kein Zufall, daß sogar einen Tag vor Bekanntgabe der sowjetischen Note die amtliche Prawda feststellte, daß die NATO kein Hindernis sei für den Abschluß eines kollektiven Sicherheitsabkommens in Europa.

Der von Moskau gewählte kurzfristige Konferenztermin zur Einberufung von rund einem 1/4 Hundert Staaten barg schon in sich einen großen Teil der Unaufrichtigkeit, denn auch der Kreml mußte wissen, daß in diesem kurzen Zeitabschnitt schon aus technischen Gründen die Konferenz überhaupt nicht vorbereitet werden konnte. Es ergibt sich klar der Eindruck, daß es Moskau denn auch mehr um eine Demonstration gegen die Pariser Verträge als um eine realisierbare Verhandlungsmöglichkeit ging. Daß der Stoß sich gegen die Pariser Verträge richtet und hier wiederum vorwiegend im Appell an die französische Öffentlichkeit und gewisse deutsche Kreise, das wird durch die Drohungen betont, die seit einigen Tagen systematisch aus allen Ostblock-

staaten für den Fall ausgesprochen werden, daß die Pariser Verträge verwirklicht werden.

Wohl kaum je bei einer sowjetischen Note zuvor haben die Staatsmänner des Westens hinsichtlich der Verfahrensfrage eine so einmütige Stellung bezogen, wie dies jetzt im Verhältnis zur Sowjetnote und zur Ratifizierung der Pariser Verträge durch Präsident Eisenhower, Premierminister Sir Winston Churchill und Ministerpräsident Mendès-France geschehen ist. Über die Notwendigkeit, eines Tages mit den Sowjets ins Gespräch zu kommen, besteht volle Einmütigkeit. Eine solche Aussprache wird aber selbstverständlich erst dann für zweckmäßig angesehen, wenn der Westen dem Ostblock als in sich gefestigtes System gegenüber-

treten kann, so wie es durch die Pariser Verträge geschaffen werden soll. Das Primat der Ratifizierung dieser Verträge steht also außer Zweifel. Auf Demonstrationen einzugehen, bevor die Voraussetzungen für politisches Handeln gegeben sind, hieße die Arbeit langer Jahre zunichte machen und die deutsche Position aufs neue gefährden.

Die Sowjets lassen demgegenüber in den letzten Tagen erkennen, daß sie die von ihnen vorgeschlagene Konferenz auf jeden Fall abhalten wollen. Sie drohen dabei mit „Gegenmaßnahmen“. Es ist seit Monaten ein offenes Geheimnis, daß diese „Gegenmaßnahmen“ die militärische Blockbildung des Ostens sein soll. Man hätte sich also darauf einzustellen, daß am 29. November oder auch einige Tage später ein neuer Name für das Gefundene wird, was im Grunde schon lange besteht.

Als s. Zt. in Berlin der sowjetische Außenminister Molotow von den westlichen Außenministern auf die alles an-

Ein Briefwechsel

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, hat am Donnerstag abend an den Bundeskanzler die Aufforderung gerichtet, am Freitag vormittag eine Regierungserklärung zur außenpolitischen Lage abzugeben. Gleichzeitig hat er den Präsidenten des Bundestages benachrichtigt, daß die SPD-Fraktion einen Antrag betr. Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands eingereicht habe.

Der Bundeskanzler hat nach einer Sondersitzung des Kabinetts dem SPD-Vorsitzenden mit folgendem Briefe geantwortet:

„Sehr geehrter Herr Ollenhauer! Eben erhalte ich Ihren Brief vom 18. November mit der Anlage „Antrag der Fraktion der SPD betreffend Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands“. Ich kann zu meiner Genugtuung Ihnen mitteilen, daß ich gerade heute eine Aussprache mit Herrn Botschafter Conant als Vorsitzenden der Hohen Kommission über die Beantwortung der beiden Noten der Sowjetunion vom 23. Oktober und vom 13. November gehabt habe. Ich habe, wie ich das schon auf der Londoner und auf der Pariser Konferenz und bei meinem Besuch in Washington getan habe, auch ihm gegenüber erklärt, daß ich eine Viermächtekonferenz über die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Pariser Abkommen für eine dringende Notwendigkeit halte

Ich habe mit dieser meiner Ansicht bei allen maßgeblichen Persönlichkeiten der drei Westmächte verständnisvolle Zustimmung gefunden, und ich zweifle nicht daran, daß eine solche Konferenz alsdann auch stattfinden wird. Durch die Pariser Verträge werden die Vor-

bedingungen für die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems auf unserer Seite in weitestem Umfange erfüllt. Ich glaube, daß alsdann auch der richtige Zeitpunkt gekommen ist für Verhandlungen des Westens mit der Sowjetunion über die europäische Sicherheit. Unter diesen Umständen halte ich eine so plötzliche, ohne neuen sichtbaren Anlaß vorgenommene Diskussion des außerordentlich umfangreichen und schwierigen Fragenkomplexes im Bundestag nicht für förderlich für unser gemeinsames Anliegen, sobald wie möglich zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu kommen.“

Der Brief des Bundeskanzlers wurde vom Bundeskabinett einstimmig gebilligt. Auch die Vorsitzenden der Koalitionsparteien haben ihr Einverständnis mit dem Briefe des Bundeskanzlers erklärt.

In politischen Kreisen wird der kurzfristige Überraschungsvorstoß, der angesichts der auch dem SPD-Vorsitzenden bekannten außenpolitischen Situation innerhalb weniger Stunden eine Regierungserklärung und eine außenpolitische Debatte forderte, im wesentlichen als wahlagitatorischer Akt zur Verwirrung des deutschen Volkes gewertet.

Ein Mißklang beim Volkstrauertag

Von Staatssekretär Dr. Walter Strauß, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, wird uns geschrieben:

„Am vergangenen Sonntag trauerte das gesamte deutsche Volk um seine Toten, die Gefallenen beider Weltkriege ebenso wie die in den Konzentrationslagern, Gefangenenlagern und Gefängnissen Gestorbenen. Allenthalben wurden an Gräbern, Ehrenmalen und Denkmälern Kränze niedergelegt und Gedenkfeiern begangen, eine besonders eindrucksvolle in Gegenwart des Bundespräsidenten und mit einer Dank- und Mahnrede des Bundeskanzler im Bundeshaus in Bonn.

Der Hessischen Landesregierung und Professor Karl Barth aus Basel blieb es vorbehalten, die gemeinsame Trauer des deutschen Volkes um seine Heimgegangenen durch einen Mißklang zu stören. Beim Staatsakt der Hessischen Landesregierung im Landestheater zu Wiesbaden hielt auf Veranlassung der Hessischen Regierung Professor Barth die Gedenkrede. Sie gedachte nicht nur der Toten, sondern rief zu entschiedener Abkehr von der Außen- und Innenpolitik der deutschen Bundesregierung und der sie tragenden, mehr als zwei Drittel des deutschen Volkes vertretenden Parteien auf.

Wir achten von den unsrigen abweichende politische Meinungen, auch die von Ausländern, sofern sie an geeigneter Stelle und zur rechten Stunde aus-

gesprochen werden. Der Volkstrauertag der Deutschen ist nicht die rechte Stunde und der Staatsakt einer deutschen Landesregierung nicht der geeignete Ort, um uns von Professor Barth über deutsche Politik und die Lage Deutschlands im kalten Krieg belehren zu lassen“.

*

Auch die hessische Landesregierung, die vorher bereits gewarnt war, hat sich in einer Erklärung von verschiedenen Äußerungen Dr. Barths distanziert. Sie vertrat die Ansicht, daß der von Prof. Barth gemachte Vorschlag auf einen Bewaffnungsverzicht nicht nur an die deutsche Bundesrepublik zu

Propagandaaktionen des Ostens

Polizeiliche Maßnahmen gegen die sowjetzonal Propagandaaktion der Einladung westdeutscher Kinder in die Sowjetzone lehnte Bundesminister Jakob Kaiser in einem Presseinterview als unzweckmäßig ab. Er erklärte:

„Die Kinderverschickung in die Sowjetzone ist in der Tat ein sehr ernstes Problem, das aber weitgehend auf der Landes- und kommunalen Ebene gelöst werden muß. Die Sowjetzonenregierung hat in diesem Jahr etwa 47 Millionen Mark für die Aufnahme von Kindern aus der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt. Das ist beinahe die doppelte Summe, die dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ins-

gesamt im laufenden Rechnungsjahr zur Verfügung steht.

Es wird vor allem die Aufgabe der verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik sein, den Kindern unbemittelte Eltern die Möglichkeit zu geben, auch in der Bundesrepublik ihre Ferien ohne Belastung des schmalen elterlichen Geldbeutels zu verbringen. Es ist auf diesem Gebiet gewiß viel geschehen, aber die Tatsache, daß in diesem Jahr etwa 20 000 Kinder in die Ostzone gereist sind, beweist, daß noch mehr geschehen muß, um den direkten politischen Einfluß der Sowjetzone auf die Kinder und die indirekte kommunistische Werbung, die sich an das Elternhaus richtet, herabzumindern.

Die Rede Barths hat auch in Bonn Proteste sowohl der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie des hessischen FDP-Landesvorsitzenden Euler ausgelöst.

Es ist doch so, daß nach der Rückkehr der Kinder in die Bundesrepublik die Verbindung und Beeinflussung durch die Sowjetzone nicht abreißt und daß auf diesem Wege eine kommunistische Infiltration erfolgt.“

Zur Einladung von westdeutschen Arbeiterdelegationen in sowjetzonale Betriebe stellte Bundesminister Kaiser fest:

„Dies ist eine Frage, mit der sich vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund und die einzelnen Werksleitungen beschäftigen sollten. Für den Empfang von westdeutschen Arbeiterdelegationen hat die Sowjetzonenregierung in diesem Jahr 60 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Diese Mittel stammen aus dem Steuerertrag und aus Zwangsspenden der Arbeiter in der Sowjetzone. Ein offenes Gespräch zwischen westdeutschen und ostdeutschen Arbeitern ist, wie sich einwandfrei herausgestellt hat, bei diesen Besuchen nicht möglich. Die Arbeiter aus der Bundesrepublik werden von geschulten SED-Funktionären ständig begleitet und abgeschirmt, und wenn einmal ein Arbeiter im Osten seinem Herzen Luft macht, muß er befürchten, von einem Spitzel in seinem Betrieb denunziert zu werden.“

Wir werden diese Reisen natürlich nicht verbieten, wir müssen jedoch durch geeignete Aufklärungstätigkeit der kommunistischen Propaganda entgegenwirken.“

Moskaus Politik der Demonstrationen

edere als friedlichen und berechtigten Zustände in den Oststaaten hingewiesen wurde, behauptete er kühn, es gebe gar keinen Ostblock! Die neue sowjetische Note und also erst recht der vermutliche Beschluß der Sowjets auf Abhaltung ihrer angekündigten Separatkonferenz fußen offensichtlich auf dieser dreisten Behauptung. „Alle Welt weiß freilich“, so schrieb der DUD bereits am 16. Februar dieses Jahres, „daß der Ostblock trotz aller Dementis vorhanden ist. Er ist Tatsache kraft der Ost- und Südosteuropas beherrschenden Stellung der Sowjetunion. Er existiert aber auch völkerrechtlich, und zwar auf Grund von 17 Verträgen, die in den Jahren 1943 bis 1949 abgeschlossen wurden. Sie nennen sich „Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ und sind ihrem Typus nach einerseits Ententen- und Konsultationsverträge, andererseits Garantie- und Bündnisverträge. Der „Kriegsfall“, auf den sie zugeschnitten sind, ist meist gegeben beim Vorliegen einer „Aggression“ seitens Deutschlands oder eines mit Deutschland „unmittelbar oder in irgend einer andern Form“ in der Aggressionspolitik verbündeten Staates. Andere Verträge sehen den Kriegsfall auch bei Vorliegen einer Aggression eines beliebigen dritten Staates als gegeben. Das bolschewistische Ost- und Südosteuropa ist durch ein dichtes Netz solcher Verträge mit der Sowjetunion und unter-

einander verbunden. Solche bilateralen Verträge bestehen zwischen der Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn. Jeder dieser Staaten ist mit jedem dieser Staaten durch einen besonderen Vertrag verbunden. Albanien ist durch einen Vertrag mit Bulgarien dem Ostblock auch formal angeschlossen. Politisch wird der Ostblock auch durch das Kominform zusammengeschlossen. Dem am 25. 1. 1949 gegründeten Osteuropäischen Wirtschaftsrat (Komekon) gehört auch die Sowjetzone an.“ Dieses große, seit langem bestehende Bündnisystem, das sogar ein Satellitensystem schärfster Ausprägung ist, wurde auch militärisch und rüstungsmäßig fest untermauert.

Daß die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands sowohl militärisch als auch politisch de facto ein Teil dieses Ostblocksystems darstellt, kann ebenfalls nicht bezweifelt werden. Diesem de-facto-Zustand könnte allerdings auf der bevorstehenden Moskauer Konferenz ein de-jure-Zustand folgen, der an der bisherigen tatsächlichen Lage wenig ändern würde. Es gibt daher keinen plausiblen Grund, praktische politische Erwägungen gerade in diesem Augenblick von einer Demonstration beeinflussen zu lassen, die schließlich doch nur beweist, daß der bisher eingeschlagene Weg der richtige ist. Nur so kann der Westen auf einer vernünftigen und erfolversprechenden Basis mit den Sowjets an den Konferenztisch kommen.

D. Dr. Eugen Gerstenmaier Bundestagspräsident

Mit Eugen Gerstenmaier hat ein Mann die Nachfolge Hermann Ehlers angetreten, der gleich dem Verblichenen der jungen Generation profilierter evangelischer Politiker angehört. Kirchliches Amt, Kampf gegen die soziale Not, Auslandserfahrung und intensive Beschäftigung mit der Außenpolitik in verantwortungsvollen Aufgaben haben den Politiker Gerstenmaier geformt, während der Christ und Mensch Gerstenmaier sich in den Jahren der nationalsozialistischen Ära vor harte Bewährungsproben gestellt sah, die er dank der Festigkeit seines Charakters bestand.

„Sie haben entschieden, ich gehorche“, erklärte Dr. Gerstenmaier vor seinen politischen Freunden, als die Wahl in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Benennung seiner Person für das Amt des Bundestagspräsidenten ergeben hatte. Und indem er dem Rufe Folge leistete, gelobte er gleichzeitig, sein hohes Amt zur Ehre unseres Volkes auszuüben. Diese Auffassung ist ein beredtes Zeugnis für die Denkungsart des neuen Bundestagspräsidenten und gleichzeitig eine Gewähr dafür, daß das freigewählte deutsche Parlament auch künftig von einem überzeugten, aufrechten Demokraten repräsentiert werden wird.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier verdient — das hat auch seine erste Rede nach der Übernahme des Präsidentenamtes bewiesen — das Vertrauen aller deutschen Demokraten. Seine Bewährung im Kontakt mit ausländischen Politikern sichert ihm überdies die Wertschätzung der übrigen freien Welt.

Gewisse Begleiterscheinungen der Präsidentenwahl dürften allerdings in der Geschichte der deutschen parlamentarischen Demokratie einzig dastehen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte als stärkste Fraktion des Bundestages das unbestrittene Recht, den Bundestagspräsidenten zu stellen und einen Kandidaten vorzuschlagen, der das Ver-

trauen des gesamten Hauses verdiente. Daß Dr. Gerstenmaier schon kraft seiner Haltung als Mensch wie als deutscher und europäischer Politiker in Vergangenheit und Gegenwart dieses Vertrauens würdig ist, wird im Ernst niemand zu bezweifeln wagen.

Nachdem die Wahl der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Person Dr. Gerstenmaiers gefallen war, wurden hiervon die Fraktionen sowohl der Opposition wie der Koalitionsparteien in gehöriger Weise unterrichtet. Gleiches geschah im Ältestenrat des Bundestages. Offensichtlich hat es der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Martin Euler, unterlassen, seine Fraktion entsprechend zu informieren. Tatsache bleibt jedoch, daß dem Vorschlag der CDU/CSU an keiner der genannten Stellen widersprochen wurde.

Um so unverständlicher sind die wüdelosen Vorgänge, die sich darauf im Bundestag abspielten und die aller parlamentarischer Tradition ins Gesicht schlugen. Sie führten dazu, daß die CDU/CSU den von ihr nach bewährten parlamentarischen Spielregeln benannten Kandidaten gegen den Widerstand der übrigen Fraktionen durchsetzen mußte. Der Beobachter hatte dabei den peinlichen Eindruck, als ob es hier nicht — wie vorgegeben wurde — um formale Dinge ging, sondern um eine politische Demonstration, bei der man bereit war, bisher bewährte Traditionen ohne Bedenken beiseite zu schieben.

Was am 16. November 1954 im Bundestag geschah, rechtfertigt eine ernste Warnung: Man hüte sich, die parlamentarische Demokratie im Volke zu diskreditieren! Wohin ein solches Beginnen führt, haben die Ereignisse des Jahres 1933 und der folgenden Zeit mit erschreckender Klarheit bewiesen. Den Anfängen widerstehen, heißt hier, der Sicherung der Demokratie und damit der Freiheit dienen.

Recht und Würde des Parlaments

Aus der Antrittsrede des neuen Bundestagspräsidenten

„Zögernd und nicht ohne Bedenken trete ich das Erbe des großen toten Präsidenten des Deutschen Bundestages an. Im Anblick des Vermächtnisses, das er hinterlassen hat, ehren mich Ihr Ruf und Ihr Vertrauen noch mehr, als sie es ohnehin täten.“ Mit diesen Worten begann D. Dr. Eugen Gerstenmaier als neugewählter Präsident seine Antrittsrede. Er versprach, den von Hermann Ehlers in die Worte gefaßten Auftrag zu erfüllen, „die besondere Stellung des Parlamentes in der Ordnung unseres Volkes zu wahren, sie mit Leben zu erfüllen und sie notfalls auch zu verteidigen.“ Denn

„Dieses Parlament hat seinen Rang und seine Würde vor allem darin, daß es gesonnen ist, die Freiheit und das Recht nicht nur zu proklamieren, sondern es unter allen Umständen auch zu praktizieren in der Gestaltung des Staates, in der Gesetzgebung und in der Kontrolle der Verwaltung. Die Würde dieses Hauses beruht deshalb nicht darin, eine Stätte weihvoller Harmonie zu sein.

Dieses Haus ist weder der feierlichen Zeremonie noch dem repräsentativen Auftritt der politischen Prominenz gewidmet. Die Würde und der Rang dieses Hauses beruhen allein darin, daß hier freigewählte Männer und Frauen in der heißen Mühsal des Alltags gegen oft gewaltige Widerstände nach bestem Wissen und Gewissen einen festen, klaren Weg für ihr Volk suchen.“

Und „nicht das geglückte Wort und die gelungene Rede, sondern die vor Gott und der Geschichte bestehende Tat geben diesem Hause Rang und Wort“. Zu der Unumgänglichkeit einer freien und ungeschminkten Aussprache im Bundestage erklärte Dr. Gerstenmaier:

„Dieses Parlament muß von dem deutschen Volk verlangen, daß es auch die hin und wieder scharfe, aber glücklicherweise meist unpathetische Auseinandersetzung in diesem Hause würdigt als einen redlichen Ausdruck des Bemühens um die rechte Entscheidung, um den rechten Weg für unser Volk in den Fährlichkeiten der Zeit.“

Aber wenn auch die politischen Gegensätze schärfer und vielfältiger sind, als man zunächst annehmen möchte und wenn das auch nicht unter allen Umständen so zu sein brauchte, so ist doch, wie Dr. Gerstenmaier, nicht zuletzt unter dem Eindruck der klassischen Totenrede des Vizepräsidenten feststellte, das Fundament des freiheitlichen Rechtsstaates von allen Parteien anerkannt, ebenso wie das gemeinsame Streben aller vertretenen Kräfte nach Recht und Wohlfahrt des ganzen deutschen Volkes in West und Ost. Zwei Gesichtspunkte stellte der neue Bundestagspräsident als Aufgabe und Arbeitsmethode heraus:

„Die meisten Völker der Erde, sicher aber wir Deutschen, sind tief hineingezogen in den Kampf der Massenkultur um ihre Form. Von den Fundamenten des freiheitlichen Rechtsstaates aus kann dieser Kampf nur geführt werden in der Verteidigung der Freiheit des Einzelnen und der gewachsenen Gemeinschaften, und er darf nur geführt werden mit dem Ziel, den Vorrang des Rechtes vor der Macht zu sichern. Sein Sinn ist nicht, möglichst viel, sondern möglichst wenig Staat — das Notwendige aber klar, fest und gerecht.“ Und:

Für echte Toleranz

„Wenn uns dazu auch in unserer parlamentarischen Arbeit etwas nützt, dann ist es Toleranz. Damit ist nicht jene unbeteiligte Indifferenz gemeint, die sich gleichermaßen von der Wahrheitsfrage wie von der persönlichen Verantwortung dispensiert. Es ist damit gemeint eine Haltung, die über subjektive Gefühlslagen und persönliches Wohlwollen hinaus im Willen und Bewußtsein verankert ist. Toleranz ist nicht gleichbedeutend mit der Anfälligkeit zu faulen Kompromissen, sondern mit der Bereitschaft zum sachgerechten, vertretbaren Ausgleich. Toleranz heißt in unserem Bereich vor allem Verzicht auf Prestigepolitik und den Versuch, dem Gegner das Gesicht und die Chance der Wahrheit zu nehmen.“

Als Beispiel nannte Dr. Gerstenmaier die Stellung gegenüber dem „verwundeten Gewissen vieler ehemaliger Gefolgsleute des Nationalsozialismus“. Er erklärte:

„Wir haben in diesem Hause getan, was wir konnten, um nicht nur der äußeren Wiedervereinigung unseres Volkes zu dienen, sondern auch um die innere Wiedervereinigung aller Deutschen zu ermöglichen. Der Bundestag war der Überzeugung, daß jedem eine faire Chance gegeben werden müsse in der Erkenntnis der Wahrheit sich von seiner Vergangenheit und ihrem Irrtum zu trennen und ein Freier unter Freien in der erneuerten Gemeinschaft unseres Volkes zu sein. Ich glaube, daß wir dabei auch in Zukunft entschieden bleiben sollten. Aber ich glaube ebenso, daß es wichtig ist, daß diese Toleranz nicht mißverstanden wird. Wir tolerieren den Mann, der sich von der niedrigen Ideologie der Tyrannei getrennt hat. Aber wir sind nicht bereit, diese Ideologie zu tolerieren und ihre heimliche oder gar offene Rückkehr zuzulassen.“

Nach einer Bitte an Presse und Rundfunk um Unterstützung, stellte

Die Reform der Beamtenbesoldung

(Von besonderer Seite)

Die Erörterungen der Beamtenbesoldung und der Besoldungsreform gehen vielfach von falschen Voraussetzungen und Vergleichen aus. Die zweimaligen Erhöhungen nicht der Bruttogehälter, sondern nur der Grundgehälter waren echte Teuerungsmaßnahmen, die infolge der Verteuerung der Lebenshaltung durch den Koreakrieg vorgenommen wurden. Zur Zeit geht die Erörterung um neue Teuerungsmaßnahmen, um die Teilnahme an der Ausweitung des Sozialprodukts, um den Vergleich mit der Erhöhung der Bezüge der Angestellten und Arbeiter, auch um die Nachholung von Verlusten durch die schlechte Besoldung bei der Währungs- umstellung und unmittelbar nach ihr.

Die prozentualen Teuerungsmaßnahmen haben das Ergebnis gehabt, daß sich die Nivellierung der Gehälter immer gesteigert hat. Die Einwendung der kleineren Gehaltsempfänger, daß die prozentualen Teuerungsmaßnahmen bei den höheren und hohen Gehältern über den Grad der Verteuerung hinausgehen, wäre berechtigt, wenn die Nivellierung der Gehälter durch die jahrzehntelange Besoldungspolitik und die prozentualen Zulagen sich nicht dauernd fortgesetzt hätte.

Der Vergleich mit den Löhnen der Angestellten und Arbeiter ist deshalb z. T. unrichtig, weil sie zur Zeit Konjunkturlöhne darstellen. Bei einem Rückgang der Konjunktur führt die Senkung der Unkosten nicht zu einem Rückgang der Löhne, sondern zu Entlassungen der schwächeren oder erst später eingestellten Arbeitskräfte. Dauernd beeinflußt die Steigerung der Personalkosten die Rationalisierung, die in Zeiten steigender Ausweitung der Wirtschaft auf dem Arbeitsmarkt nicht in Erscheinung tritt, bei schwacher Beschäftigung oder bei ausgesprochenen Krisen die Arbeitslosigkeit steigert, was bei der Rationalisierungskrise nach 1925

und bei der Weltwirtschaftskrise nach 1929 sehr scharf in Erscheinung getreten ist. Während der Weltwirtschaftskrise zwang die Sicherung der öffentlichen Haushalte und der Währung zu einer Kürzung der Gehälter im öffentlichen Dienst und von sozialen Leistungen, was manche Angehörige des öffentlichen Dienstes nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollten. Die Verwaltung hat aber in Krisenzeiten einen Höchststand der Beschäftigung durch krisenwirtschaftliche und soziale Maßnahmen. Die Vertreibung und Entlassung von Beamten im Jahre 1945 war eine einmalige Folge einer großen geschichtlichen Katastrophe. Bei dem Vergleich mit den Angestellten und Arbeitern wird das Korrelat der Ruhegehälter und der Hinterbliebenenversorgung immer wieder außer Betracht gelassen. — Steigende Gehälter und Löhne finden ihre Grenze bei der Unmöglichkeit der Ausweitung der Wirtschaft, was in Schweden vor längerer Zeit in Erscheinung getreten ist und zu Stillhaltevereinbarungen geführt hat.

Die Erhöhung der Besoldungen im öffentlichen Dienst geht immer über die öffentlichen Haushalte und steht in engstem Zusammenhang mit allen öffentlichen Finanzmaßnahmen. Die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten des Bundes, der Länder und Gemeinden und der Versorgungsbezüge um ein Prozent bedeutet eine Steigerung des finanziellen Aufwandes um 100 Mill. DM. Ein innerer Zusammenhang der Gehälter der Beamten mit den Gehältern und Löhnen in der Wirtschaft und ein gegenseitiges Sichausspielen ist deshalb nicht gegeben, und es ist ein Fehler, den Anschein eines solchen Zusammenhanges zu erwecken.

Die erwartete Besoldungsreform ist aber zum Teil eine andere Maßnahme als die der letzten prozentualen Erhöhungen der Gehälter. Sie ist eine Reform des Besoldungssystems, und nach früheren Mitteilungen des Bundesfinanzministers eine Erhöhung der Anfangsgehälter, eine Abflachung der Steigerung mit dem Besoldungsdienstalter, eine stärkere Berücksichtigung der Leistung und Verantwortung, eine Berichtigung der eingetretenen Nivellierung der Bezüge, eine Änderung der Bemessung von Bezügen nach den überholten Ortsklassen und die Verwertung noch anderer Erfahrungen. Vor allem ist aber die neue Bewertung von Dienststellen infolge neuer oder veränderter besonders auch technischer Aufgaben im Bundesdienst vorzunehmen. Eine weitere schwierige Frage ist nach der Anschauung der Bundes- und Länderverwaltungen die Festlegung von Besoldungsrahmenvorschriften, da die Aufgaben der Bundes-, der Länder- und

der Gemeindeverwaltung sehr verschieden sind. Die zu enge Festlegung von Dienstgruppen und die Erschwerung der Bewertung von Dienststellen würde die Entwicklung von Verwaltungsaufgaben hemmen, was sich bei der Besoldungsordnung der nationalsozialistischen Regierung klar gezeigt hat.

Die Gestaltung der Besoldungsverhältnisse hängt deshalb zur Zeit von der Dauer der Vorlage der großen Besoldungsreform, der Ausdehnung unserer Wirtschaft, der Wirkungen der Steuerreform und von den internationalen Markt- und Preisverhältnissen ab. Diese Darlegungen bejahen die Notwendigkeit einer neuen Ordnung der Besoldungsverhältnisse im öffentlichen Dienst, zeigen aber auch die ganze schwierige Problematik dieser Aufgabe.

Dr. Wuermeling:

Kindergeld und Ehepartnersteuer

Bundesfamilienminister Dr. Wuermeling wies auf einer CDU-Wahlkundgebung in Dieburg darauf hin, daß auch die Rentner und Arbeitslosenunterstützungsempfänger ab Januar vom dritten Kind an 25,— DM Kindergeld erhalten würden. Unwahrhaftig sei es, zu verbreiten, Rentner und Witwen hätten keinen Anspruch auf ein erhöhtes Kindergeld. Er sei überzeugt, daß das Kindergeldgesetz zum Erfolg führen werde, wenn kein Sabotageversuch gemacht würde. Dr. Wuermeling gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Steuerreform am 1. Januar 1955 in Kraft treten könne. Durch die vorgesehene gemeinsame Veranlagung der Ehepartner solle schreiendes Unrecht beseitigt werden. Es gehe nicht an, daß ein Vater von fünf Kindern mit 900 DM Einkommen ebensoviel Steuern zahlen müsse wie kinderlose Eheleute, die beide je 450,— DM Einkommen hätten. Eine familiengerechte Steuerpolitik dürfe nicht die Tendenz haben, die Mutter aus dem Hause in die Fabriken zu locken, sondern müsse der Frau und Mutter all denkbaren Erleichterungen für ihre eigentliche Aufgabe geben.

Zum Wahlkampf in Hessen sagte Bundesminister Wuermeling, der Wähler habe es in der Hand, das kollektive sozialistische System aus der Verantwortung zu drängen. Es gehe dabei um die Frage, ob die Politik der Bundesregierung richtig gewesen sei. Die wirtschaftlichen und politischen Erfolge gäben eine eindeutige Antwort.

2,3 Millionen Krafträder

Am 1. Juli 1954 wurden in der Bundesrepublik 2,3 Millionen Krafträder gezählt; davon gehören 66,8 % Arbeitern und Angestellten gegen 58,1 % im Vorjahre. In diesen Zahlen sind aber nicht die rd. 450 000 Mopeds eingerechnet, die nicht der Zulassung unterliegen und daher nicht statistisch erfaßt werden.

Im Bundesgebiet sind jetzt 47 Krafträder je 1000 Einwohner gemeldet, gegenüber 41 im Vorjahr und 43,1 am 1. Januar 1954.

Recht und Würde des Parlaments

Dr. Gerstenmaier drei „Leitbilder“ heraus:

1. Eine großzügige und großherzige Ordnung der sozialen Gerechtigkeit.
2. Die Wiederherstellung der nationalen und gebietsmäßigen Einheit des deutschen Volkes mit der Sicherung seines Bodens und seiner Freiheit.
3. Die Einigung Europas.

Er zitierte hier die Worte Paul Löbes, des Alterspräsidenten bei der Eröffnung des ersten Deutschen Bundestages, in denen er auf den Verzicht des Grundgesetzes auf gewisse Souveränitätsrechte hingewiesen hatte und davor gewarnt hatte, sich durch Anfangsschwierigkeiten vom Ziel Europa abschrecken zu lassen.

Mit einem Bekenntnis zur inneren Verpflichtung gegenüber den Männern des deutschen Widerstandes, ihrem Sterben und ihrer inneren Gemeinsamkeit, trotz der Herkunft aus verschiedenen politischen Richtungen, schloß Dr. Gerstenmaier:

„Möchte es uns im Blick auf ihr Vermächtnis gegeben sein, daß wir, meine Kolleginnen und Kollegen, uns mit Gottes Hilfe, zum Segen unseres Volkes und zu seinem Frieden im Kampf und in der Zusammenarbeit mit Respekt begegnen, und wo es nottut, uns über uns selbst erheben. Dessen bedarf das Vaterland.“

A II c 4 Bundestag

Dr. Gerstenmaier zum Bundestagspräsidenten gewählt

Als Nachfolger des verstorbenen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers wurde am 16. November der CDU-Abgeordnete Dr. Eugen Gerstenmaier vom Bundestag im dritten Wahlgang mit 204 Stimmen bei 15 Enthaltungen gewählt. 190 Stimmen waren auf den Berliner CDU-Abgeordneten Ernst Lemmer gefallen. Entgegen dem parlamentarischen Brauch schlossen sich im ersten Wahlgang nicht alle Fraktionen dem Vorschlag der größten Fraktion, der CDU/CSU an, so daß Dr. Gerstenmaier nicht die vorgeschriebene Mehrheit erhielt. Von dem Berliner FDP-Abgeordneten Prof. Reif wurde dann im zweiten Wahlgang der Abgeordnete Lemmer vorgeschlagen, auf den auch beim dritten Wahlgang weitgehend die Stimmen der SPD und vieler Abgeordneten der anderen Koalitionsparteien fielen. In einer im Anschluß an den ersten Wahlgang stattgefundenen Sitzung der CDU/CSU-Fraktion beschloß diese, an der Kandidatur Dr. Gerstenmaiers festzuhalten. SPD und Teile der FDP hatten sich beim ersten Wahlgang ihrer Stimme aus Protest dagegen enthalten, daß vorher mit den Fraktionen angeblich nicht Fühlung genommen worden sei. Von der CDU/CSU-Fraktion wurde dem jedoch entgegengehalten, daß die Mitteilung über die Nominierung von Gerstenmaier an die anderen Fraktionen in aller Förmlichkeit erfolgt sei.

Der neue Bundestagspräsident steht im 48. Lebensjahr. Seine politische Haltung erwuchs aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. 1934 wurde er als Theologe und angehender Dozent zum erstenmal verhaftet. Drei Jahre später, nachdem er sich an der Berliner Universität habilitiert hatte, wurde ihm das Lehramt entzogen. Für die aktive Teilnahme am Aufstand des 20. Juli 1944 erhielt er sieben Jahre Zuchthaus. Nach Kriegsende wurde auf seine Anregung das Evangelische Hilfswerk gegründet. Als Leiter des Hilfswerks wurde er 1948 — als erster Deutscher — vom amerikanischen Präsidenten Truman empfangen. 1949 wurde Gerstenmaier als CDU-Abgeordneter in den ersten Bundestag gewählt. Er machte sich als temperamentvoller Redner bald einen Namen. Sein besonderes Interesse galt der Außenpolitik. Im zweiten Bundestag wurde er zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses gewählt. Zusammen mit seinem Landsmann Kurt-Georg Kiesinger, der den Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU leitet, war Gerstenmaier der außenpolitische Sprecher der Koalition im Straßburger Europarat. Auch in den Verhandlungen um die Saarfrage und im Montan-Parlament ist Gerstenmaier hervorgetreten.

(Auszüge aus der Rede, mit der Dr. Gerstenmaier das Bundestagspräsidium übernahm, veröffentlichen wir im allgemeinen Teil.)

20. November 1954

A IV 11 a Allgemeines

Elf Millionen Wohnungen

Der Wohnungsstand in der Bundesrepublik hat im Jahre 1953 um 512 500 (4,9 %) auf 10,96 Millionen zugenommen; die Zahl der Räume um 1 787 700 (4,2 %) auf 44,27 Millionen. Die geringere Zunahme der Raumzahl ist eine Folge des Umstandes, daß trotz Erhöhung der durchschnittlichen Größe der fertiggestellten Wohnungen die jetzt gebauten Wohnungen im Durchschnitt immer noch erheblich kleiner sind, als die im Wohnungsbestand vorherrschenden Wohnungen aus der Zeit bis zum zweiten Weltkrieg. Gegenüber dem Wohnungsbestand bei der Wohnungszählung vom 13. 9. 1950 betrug die Bestandszunahme 16,2 %. Einschließlich der seit der Währungsreform neu- oder wiedererbauten Wohnungen dürfte der Anteil der sogenannten „Neustwohnungen“ am Gesamtwohnungsbestand zwischen 20 und 25 % liegen. 20. November 1954

Die im Archivteil der „Union in Deutschland“ wiedergegebenen Vorgänge und Meinungsäußerungen bedeuten keine Stellungnahme der Redaktion, sondern dienen lediglich registrierend der Unterrichtung unserer Leser.

A I a Auswärtige Beziehungen

Sowjets schlagen kollektives Sicherheitssystem vor

Die Sowjetunion hat am 13. November überraschend vorgeschlagen, zum 29. November nach Moskau oder Paris eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen, auf der die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa erörtert werden soll. Die Note mit der Einladung wurde an 23 europäische Staaten sowie an die USA gesandt. Die Sowjetregierung schlägt darin die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa vor, an dem sich alle europäischen Staaten „unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung“ beteiligen sollten. Selbstverständlich habe auch jeder Staat das Recht, eigene Vorschläge zu machen. Gegenüber den „Gefahren“, die die Bewaffnung Westdeutschlands heraufbeschwören würde, werde ein System der kollektiven Sicherheit eine feste Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten bilden und die Regelung der deutschen Frage erleichtern, denn damit würde das gegenwärtige Haupthindernis für die Wiederherstellung der deutschen Einheit beseitigt, das in den „Plänen zur Verwandlung Westdeutschlands in einen militaristischen Staat und zu seiner Einbeziehung in aggressive militärische Gruppierungen zum Ausdruck komme“.

Bundeskanzler Dr. Adenauer bezeichnete den sowjetischen Vorschlag, eine Konferenz über die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems einzuberufen, als direkten Erfolg der in London und Paris mit der Bildung der westeuropäischen Union eingeschlagenen Politik. Eine solche Konferenz bedürfe jedoch eingehender Vorbereitung, und man könne dem Gedanken daher erst näher treten, wenn das Pariser Vertragswerk von den beteiligten Staaten ratifiziert worden sei. Die Tatsache, daß die Sowjetunion für die vorgeschlagene Konferenz mit 23 Staaten nur eine Frist von 14 Tagen angesetzt habe, zeige jedoch klar die Absicht, die Pariser Verträge zu zerstören.

„Die sowjetische Note ist offen und ausdrücklich gegen die Ratifizierung der Pariser Abmachungen gerichtet. Unsere Aufgabe ist es, diese Abkommen zu ratifizieren und in Kraft zu setzen. Wir dürfen uns nicht ablenken lassen. Wir werden die notwendige Basis, auf der wir eine Verständigung mit dem Osten zu erreichen suchen können, erreicht haben, wenn wir Stabilität und eine gemeinsame Zielsetzung im Westen hergestellt haben“, betonte Außenminister Eden am 15. November im Unterhaus. Die Sowjetnote enthalte keine neuartigen Vorschläge. Eine Konferenz könne erst nach der Ratifizierung der Pariser Abkommen stattfinden. Eden gab diese Erklärung, nachdem bereits eine Fühlungnahme mit Washington und Paris erfolgt war.

20. November 1954

A II c 4 Bundestag

Wahlgesetz für dritten Bundestag wird erörtert

Die Koalitionsparteien haben ihre Vertreter für die Erörterungen über das Wahlgesetz für den dritten Bundestag benannt. Es sind: Dr. von Brentano und Hugo Scharnberg von der CDU, Dr. Richard Jaeger und Richard Stuecklen von der CSU, August Martin Euler und Alfred Onnen von der FDP, Horst Haasler und Dr. Karl Mocker von BHE, Dr. Elbraechter und Dr. Schranz von der DP. Im Bundesinnenministerium wird für die nächsten Wochen mit den ersten Ergebnissen der vom Ministerium berufenen wissenschaftlichen Wahlrechtskommission gerechnet. Der CDU/CSU-Abgeordnete Hans Schuetz teilte vor Pressevertretern mit, die Koalitionspartner hätten sich darüber geeinigt, ein Wahlgesetz auszuarbeiten, „dem tunlichst alle Koalitionspartner zustimmen können“. Richard Stuecklen sagte ergänzend, es solle kein Wahlgesetz ausgearbeitet werden, dem parteiegoistische Motive zugrunde liegen. Die CSU wünsche, daß die Bildung von Splitterparteien verhindert und die Zahl der Abgeordneten wieder von 480 auf vierhundert reduziert wird. Schließlich werde von seiner Partei eine Fortentwicklung zum Mehrheitswahlrecht angestrebt.

20. November 1954

Der Fall Geimer im hessischen Wahlkampf

In einem Flugblatt, das die SPD zu dem Fall des Lehrers und Spätheimkehrers Robert Geimer im hessischen Wahlkampf verbreitet hat, heißt es u. a.: „Nur weil die Ehefrau evangelisch ist, lehnt die CDU/FDP-Regierung in Rheinland-Pfalz den begabten Spätheimkehrer als Lehrer ab.“

Was ist die Wahrheit?

Der Spätheimkehrer Geimer wandte sich wegen Anstellung als Lehrer mit einer Anfrage an das rheinland-pfälzische Kultusministerium. In der Antwort, die von einer Ministerialdirigentin gegeben wurde, hieß es, das Leben des Lehrers stehe nicht im Einklang mit seinem Bekenntnis. Als Katholik habe er wissen müssen, daß er sich durch Nichtbeachtung der Ehevorschriften der katholischen Kirche von ihr distanziert habe. Diese Tatsache, die für seine Einstellung als Lehrer entscheidend sei, habe er beim Eintritt in die Pädagogische Akademie verschwiegen. Er könne, da auch die Evangelische Kirche in diesem Punkte ähnlich strenge Maßstäbe anlege, zur Abschlußprüfung zugelassen, aber keiner Bezirksregierung in Rheinland-Pfalz zur Anstellung vorgeschlagen oder empfohlen werden.

Kultusminister Dr. Finck (Rheinland-Pfalz) nahm zu dem Fall Geimer Stellung, indem er darauf hinwies, daß für die Anstellung von Volksschullehrern nicht das Kultusministerium zuständig sei, sondern ausschließlich die Bezirksregierungen. Es bedürfe bei einer Anstellung weder eines Vorschlages noch einer Empfehlung des Ministeriums. Soweit ihm bekannt sei, hätten die Bezirksregierungen bei der Anwendung dieser Sätze weitestgehende Toleranz walten lassen. Dafür spreche die bisher gehandhabte Praxis, daß sich im Lande Rheinland-Pfalz auch Lehrer, die keinem Bekenntnis angehörten, im Volksschuldienst befänden.

Er vertrete die persönliche Meinung, daß Geimer nach Ablegung seines Examens im Volksschuldienst des Landes hätte verwendet werden können. Die Verfassung stehe dem nicht entgegen. Ob ein solcher Lehrer allerdings Religionsunterricht erteilen könnte, unterliege nicht der Entscheidung einer staatlichen Behörde, sondern allein den zuständigen kirchlichen Stellen. Der Kultusminister bedauerte, daß er so spät von dem Sachverhalt Kenntnis erhalten habe. Andernfalls hätte er alles veranlaßt, um den Fall zu bereinigen.

Weiter folgte eine Anordnung an die Referenten des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz, in der es u. a. heißt: „Aus Anlaß des Falles des Spätheimkehrers Geimer, der einen Bescheid erhalten hat, der rechtlich nicht tragbar ist, ordne ich an, daß 1. sämtliche Angelegenheiten, die Spätheimkehrer betreffen, 2. sämtliche Angelegenheiten, die Grundfragen des Art. 36 der Landesverfassung betreffen, mir bzw. meinem ständigen Vertreter zur endgültigen Entscheidung vorzulegen sind.“

Der Anordnung von Dr. Finck ist somit zu entnehmen, daß es sich bei dem Brief der Ministerialdirigentin um eine Kompetenzüberschreitung und eine Fehlentscheidung auf Grund einer falschen Auslegung der rheinland-pfälzischen Verfassung handelt. Hieraus folgert, daß Geimer im Hinblick auf die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz Lehrer an einer christlichen Gemeinschaftsschule hätte werden können, wobei allerdings die Entscheidung über die Erteilung von Religionsunterricht bei den kirchlichen Stellen gelegen hätte. Darüber hinaus ist festzustellen, daß Kultusminister Dr. Finck die Kompetenzüberschreitung klargelegt hat.

Kultusminister Dr. Finck hat beim Oberstaatsanwalt in Frankfurt gegen den Landesausschuß der Sozialdemokraten Hessens wegen der Verbreitung des Flugblattes Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede erstattet. Unter dem in dem Flugblatt veröffentlichten Schreiben der Ministerialdirigentin seien ein Bild und der Name von Kultusminister Finck so angebracht, daß der Eindruck erweckt werden müsse, als ob der Minister das kritisierte Schreiben selbst unterschrieben habe. Damit werde eindeutig der Zweck verfolgt, wider besseres Wissen den Minister und die Landesregierung von Rheinland-Pfalz verächtlich zu machen.

Es sei nun Sache der hessischen Gerichtsbehörden, derartige Auswüchse, die nichts mehr mit einem fairen Wahlkampf zu tun hätten, abzustellen. **20. November 1954**

Die Propaganda des Saarbundes

Gegenüber Vorwürfen, die umfangreiche Plakatagitation des Deutschen Saarbundes gegen das deutsch-französische Saarabkommen werde aus Mitteln des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen finanziert, wurde in Regierungskreisen am 12. November festgestellt, die Beträge, die der Saarbund bisher aus amtlichen Fonds erhalten habe, seien so gering, daß damit unmöglich die Propaganda in dem Ausmaß finanziert werden könne, wie sie zur Zeit getrieben werde. **20. November 1954**

A V e Niedersachsen**Neues Wahlgesetz in Niedersachsen**

Der niedersächsische Landtag nahm am 12. November in dritter Lesung eine Neufassung des Landeswahlgesetzes mit großer Mehrheit an. Die Opposition (DP, CDU und FDP) stimmte dem Gesetz nicht zu, weil es ihr auch in dritter Lesung nicht gelang, die Zahl der Abgeordneten auf 136 und die Zahl der Wahlkreise auf 168 zu beschränken. Nach dem jetzt verabschiedeten Gesetz sind 95 Wahlkreise und mindestens 149 Abgeordnete vorgesehen. 95 Abgeordnete werden direkt gewählt. Gelingt es einer Partei, in direkter Wahl mehr Abgeordnete durchzubringen, als ihr im Verrechnungswege nach dem Höchstzahlverfahren zustehen würden, so wird die Zahl dieser Überhangmandate verdoppelt und der Zahl der Listenmandate zugeschlagen. Damit hängt die endgültige Zahl der Abgeordneten im neuen Landtag, der im Frühjahr kommenden Jahres gewählt wird, vom Wahlerfolg einzelner Parteien ab. **20. November 1954**

A IV 6 i Gewerkschaften**DGB-Organ warnt vor Nationalismus**

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ hat die Politiker und die Presse in der Bundesrepublik aufgefordert, bei ihrer an sich gerechtfertigten Kritik an dem in Paris abgeschlossenen Saarabkommen auf dem Boden der Sachlichkeit zu bleiben und sich — auch mit Rücksicht auf die Wirkung ihrer Erklärungen im Ausland — dabei in ihrem Ton Mäßigung aufzuerlegen.

In einem Leitartikel unter der Überschrift „Vorsichtig mit Feuer“, erklärte das Blatt, es könne mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die Vereinbarung über die Saar sowohl im Bundestag als auch in der deutschen Presse mit besonderem Nachdruck der mannigfaltigen Kritik ausgesetzt sein werde. Es werde unter Deutschen „kaum Diskussionen darüber geben können, daß die Saarvereinbarungen in mehr als einer Beziehung unbefriedigend“ seien. Das Bedenklichste an ihnen sei zweifellos ihre „Vieldeutigkeit“, die auch bereits schon zu Auseinandersetzungen Anlaß gegeben habe. Es sei aber „mehr als verhängnisvoll“, so heißt es weiter, „wenn sich wieder einmal an der Saarfrage ein neuer deutscher Nationalismus entzünden würde. Schließlich sollten wir nicht vergessen, daß die Zeit noch nicht lange zurückliegt, als mit dem Ruf ‚Deutsch ist die Saar‘ jene nationalistische Welle begann, der sich auch sonst nüchterne Menschen nicht zu entziehen vermochten.“ **20. November 1954**

A V d Hessen**Sechs Landeslisten in Hessen für Landtagswahl genehmigt**

Der hessische Landeswahlausschuß genehmigte am 16. November die Landesergänzungslisten der SPD, der FDP, der CDU, des GB/BHE, der KPD und des Bundes der Deutschen (BDD) für die Landtagswahl am 28. November. Die Landesliste der Deutschen Partei wurde wegen verspäteter Einreichung einstimmig abgelehnt. Der Ausschuß wies ebenfalls Beschwerden der DP wegen der Ablehnung mehrerer Kreiswahlvorschläge zurück. Auch hier hatte die DP die Listen nicht termingemäß eingereicht. Sie wird deshalb nur in 42 der 48 hessischen Wahlkreise kandidieren. Auf den sechs genehmigten Landeslisten stehen insgesamt 359 Bewerber, während sich in den Kreisen 334 Kandidaten um die Landtagsitze bemühen werden. **20. November 1954**

A V d Hessen

Prof. Barth deckte die Kommunisten

Eine Gedenkrede, die der Baseler Professor der Theologie, Karl Barth, zum Volkstrauertag in Wiesbaden gehalten hat, hat zu einem peinlichen Nachspiel geführt. Prof. Barth hatte sich gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands ausgesprochen, Kirchenpräsident Niemöller, den ehemaligen Bundesinnenminister Heinemann und Prof. Noack (Würzburg) als Vorbilder im Kampf gegen einen neuen Krieg hingestellt, und außerdem die Opfer der kommunistisch gelenkten „Roten Kapelle“, deren Mitglieder während des Krieges wegen Landesverrats verurteilt worden waren, lobend erwähnt.

Zu der Ansprache Prof. Karl Barths erklärte das hessische Kultusministerium, man könne Prof. Barth als einem Ausländer nicht vorschreiben, was er sagen solle. Dagegen distanzieren sich die Landesregierung von der Heraushebung einer einzelnen politischen Gruppe, von der Gleichsetzung der „Roten Kapelle“ mit anderen Widerstandsgruppen und von der Behandlung tagespolitischer Fragen in der Gedenkrede. Es sei aber voll gerechtfertigt, einen so angesehenen Theologen wie Karl Barth, der zudem lange in Deutschland gewirkt habe und so eng mit der kirchlichen Entwicklung in Deutschland verbunden sei, zum Volkstrauertag als Sprecher einzuladen. Karl Barth, der selbst vom Nationalsozialismus betroffen sei, gehöre in den deutschen Kulturraum hinein. Zudem erkenne die globale Ausweitung der modernen Entwicklung keine Landesgrenzen an.

Im Staatsakt hatte Kultusminister Henning bei der Begrüßungsansprache erklärt, die Landesregierung habe „mit Beschämung und Bestürzung“ von dem Widerstand Kenntnis genommen, den die Wahl Karl Barths als Redner wegen der „herben Worte“ gefunden habe, die Barth 1945 bei der Werbung um Freundschaft für das wiedergenesende deutsche Volk gebraucht habe. **20. November 1954**

A III 1 c DP

DP Niedersachsen geht allein in den Wahlkampf

Die Deutsche Partei Niedersachsens wird im Frühjahr 1955 als Deutsche Partei allein in den Landtagswahlkampf hineingehen. Diese Entscheidung wurde auf einer Landesvorstandssitzung der DP unter dem Vorsitz von Bundesminister Heinrich Hellwege am 15. November in Hannover getroffen, nachdem festgestellt worden war, daß nach dem neuen Wahlgesetz bei einem Alleingang der Parteien kein Stimmverlust wie 1951 eintritt. Der Landesvorstand sei in dieser Haltung noch durch die Tatsache bestärkt worden, daß verantwortliche Sprecher der FDP und CDU mehrfach erklärt hätten, ihre Parteien würden sich keinem gemeinsamen Block in Niedersachsen anschließen. Im gegenwärtigen niedersächsischen Landtag ist die DP mit der CDU in der Niederdeutschen Union (NU) zusammengeschlossen. **20. November 1954**

A IV 1 f Kirchen

Erklärung der hessen-nassauischen Kirche zur Landtagswahl

In einer Erklärung zu den bevorstehenden hessischen Landtagswahlen fordert die Kirchenleitung der Hessen-Nassauischen Kirche die evangelische Bevölkerung auf, die Wahlentscheidung nicht einseitig nach persönlichen Berufs- und Wirtschaftsinteressen zu treffen. Der Christ müsse vielmehr prüfen, was dem Wohl des ganzen Landes am besten diene. Die Kirche erwarte vom neuen Landtag besonders die Erfüllung folgender Aufgaben: Sonntagsheiligung, angemessene Berücksichtigung des evangelischen Volksteils im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, und Erhaltung und Förderung der christlichen Simultanschule. Es sei nunmehr an den evangelischen Wählern, die Kandidaten daraufhin zu prüfen und gegebenenfalls zu befragen, wie weit sie diesen Forderungen Geltung zu verschaffen gewillt seien.

A III 1 a CDU/CSU

Zwei neue CDU-Abgeordnete im Bundestag

Der amtierende Präsident des Bundestages, Prof. Schmid, konnte zu Beginn der Sitzung vom 16. November des Bundestages zwei neue CDU-Abgeordnete begrüßen. Für den zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählten Abgeordneten von Hassel ist Hans Blöcker (Neumünster) und für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Hermann Ehlers der Abgeordnete Wilhelm Lotze (Uelzen) in den Bundestag eingetreten. **20. November 1954**

C d Ausschüsse

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Der geschäftsführende Ausschuß des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU wählte am 18. November als Nachfolger des verstorbenen Dr. Hermann Ehlers einstimmig Bundesminister Dr. Robert Tillmanns zum ersten Vorsitzenden des Arbeitskreises. Minister Dr. Tillmanns würdigte in einem Nachruf die überragende Bedeutung Dr. Ehlers', insbesondere für die Tätigkeit der evangelischen Christen in der CDU/CSU. Der Arbeitskreis wird seine Arbeit im Geiste Dr. Hermann Ehlers' weiterführen, der ein Vorbild für die Wirksamkeit des Christen in der Politik bleiben wird.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises wurde neben Bürgermeister Dr. Schneider, Konstanz, Staatssekretär Dr. Walter Strauß, Bonn, gewählt.

20. November 1954

C b CSU

CSU: Bayernpartei in linksradikalem Fahrwasser

Die Landesgruppe der CSU hat mit Empörung die Presseerklärung der Bayernpartei vom 7. November 1954 zur Kenntnis genommen und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Die Bayernpartei hat mit ihrer Erklärung vom 7. November 1954 ihre ganze Grundsatzlosigkeit und Charakterlosigkeit enthüllt. Ihr Aufruf gegen die Außenpolitik Adenauers geht weit über das hinaus, was die SPD-Opposition auf diesem Gebiet bisher behauptet hat, und grenzt an die von den Kommunisten und ihren Tarnorganisationen geführte Sprache. Dieser Aufruf ist eine Schande für die Bayernpartei. Jeder anständige Bayer muß sich schämen, daß diese Partei den guten bayerischen Namen für ihr Firmenschild mißbraucht. Denn mit Bayern hat das, was die Bayernpartei unter der geistigen Führung des Kriminalkommissars Lallinger am letzten Sonntag veröffentlicht hat, nichts mehr zu tun.

Die Bayernpartei hat selbst die Außenpolitik Adenauers, solange sie im Bundestag vertreten war, einschließlich der Wiederbewaffnung unterstützt. Jetzt erklärt sie, daß der Weg Adenauers zur endgültigen Vernichtung Deutschlands und Bayerns führt, und ruft zum Kampf gegen Adenauer auf. In einem Zeitpunkt, wo die ganze Welt die staatsmännische Leistung Adenauers anerkennt und wo die Bundesrepublik durch die Verträge von Paris den Besatzungszustand endgültig abschüttelt und volle Gleichberechtigung mit den Siegermächten — 9 Jahre nach dem Morgenthauplan — erhält, schämt sich die Bayernpartei nicht, sich denselben Methoden gegen Adenauer zu bedienen, wie sie von der NSDAP in der Weimarer Republik gegen Stresemann und Brüning gebraucht worden sind.

Die Anhänger der Bayernpartei, die in ihr eine christlich und bayerisch denkende Heimatpartei sahen, werden sich schämen, nun erleben zu müssen, daß die Bayernpartei mit dieser Hetze gegen Adenauer sich zu einem Werkzeug der kommunistischen Propaganda erniedrigt hat.

Zwei Dinge sind klar geworden:

1. Die Führung der Bayernpartei ist aus den Händen christlich denkender Föderalisten in die Hände linksradikaler Elemente übergegangen.

2. Das Land Bayern muß davor bewahrt werden, in die Hände von Abenteurern zu fallen, die ständig in Bayern neue innere Gegensätze aufreißen und zum Kampf gegen einen christlichen Bundeskanzler hetzen, der Deutschland wieder zu Ansehen und Geltung in der Welt gebracht hat.

20. November 1954

A IV 6 i Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Studienreise der Montanunion in die USA

Am 12. November traten 19 Gewerkschaftler aus den sechs Ländern der Montanunion eine fünfwöchige Studienreise in die Vereinigten Staaten an, die von dem amerikanischen Amt für Auslandshilfe gemeinsam mit der Hohen Behörde vorbereitet worden ist. Die Teilnehmer werden in sieben Arbeitsgruppen die Probleme der gewerkschaftlichen Organisation, der Löhne und Arbeitsbedingungen, der Berufsausbildung, der Ausweitung und industriellen Entwicklung, des Arbeiterwohnungsbaues, der Beschäftigung und Anpassung sowie der sozialen Sicherheit behandeln. Die Studienreise dient dem Ziel, die sozialen Aspekte der Modernisierung und die Auswirkungen der Produktivitätssteigerung auf die Arbeitnehmer zu untersuchen. Von deutscher Seite werden drei Teilnehmer von der IG Bergbau, zwei von der IG Metall entsandt.

20. November 1954

Hessens Aufbauleistungen

Bundesregierung schuf die Voraussetzungen

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Großkopf, wies in der Schlußsitzung des Hessischen Landtages noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß durch die Politik der Bundesregierung erst die Voraussetzungen für die von der hessischen SPD-Regierung als ausschließlich hessische Leistungen herausgestellten Aufbauerfolge geschaffen worden sind. Er befaßte sich vor allem mit den Ergebnissen des sozialen Wohnungsbaues:

„Die unbestrittenen Zahlen über die Bundeszuschüsse und Landeszuschüsse zum sozialen Wohnungsbau in Hessen liegen etwa in der Größenordnung von einer halben Milliarde. Nun kann mit Landes- und Bundesbaudarlehen allein kein Haus gebaut werden, sondern Sie müssen diesen Betrag etwa verdreifachen, um auf die eigentliche hessische Aufbauleistung im sozialen Wohnungsbau zu kommen. Da erhebt sich die Frage: Wo kommt die Hauptmilliarde her? Nun, sie kommt von den Sparkassen, letzten Endes von den arbeitenden und sparenden Menschen. Arbeiten aber kann man nur bei einer Vollbeschäftigung, wie die Bundesregierung sie bewirkt hat, und sparen kann man nur, wenn durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik ein hohes, soziales Niveau geschaffen wird.

Als wir uns vor vier Jahren einmal über die steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues unterhielten, da war der Herr Finanzminister der Auffassung, daß der durch die Steuergesetze gegebene starke Anreiz zum Bausparen für den Fiskus doch eine teure Sache sei. Ich habe ihm damals widersprochen und erklärt, es sei mir lieber, wenn das Geld vom Bürger direkt in den Bau komme, als daß es erst durch die Staatskassen fließe und dann langsam nach unten riesele. Ich glaube, die Leistungen im sozialen Wohnungsbau, die durch steuerpolitische Maßnahmen der Regierung hervorgebracht worden sind, sind wesentlich bedeutsamer als die Leistungen auf Grund der Förderung durch Landesbaudarlehen. Aber diese Landesbaudarlehen waren notwendig, und niemand bestreitet auch, daß in der Not des Tages, bei dem immensen Notstand während der Nachkriegszeit, beträchtliche Mittel auch in den gemeinnützigen Wohnungsbau geschleust werden mußten, um die Vertriebenen aus dem Osten und die Flüchtlinge aus der Ostzone so schnell wie möglich unterzubringen. Hier wird auch in der Zukunft ein gewisser Anteil notwendig sein, und wir sind die letzten, die das genossenschaftliche Bauen aus dem ganzen Wohnungsbauwesen ausmerzen wollen. Aber wir glauben, daß es an der Zeit ist, einmal festzustellen, ob nicht Fehler gemacht worden sind, ob nicht das Schwergewicht des gemeinnützigen Wohnungsbaues bei den Großgenossenschaften doch etwas rektifiziert werden muß angesichts der Tatsache, daß Landesbaudarlehen, gepaart mit dem Einzelfleiß des Bürgers, tatsächlich den höheren Effekt aufweisen.“

Dr. Großkopf forderte in diesem Zusammenhang dazu auf, die Entwicklung des Steueraufkommens bei den Hauptsteuern in Hessen zu überprüfen und dabei festzustellen, daß ihre Entstehung

und Größenordnung der von der SPD im Bundestag so bekämpften Finanzpolitik Dr. Schäffers zu danken ist: „Wenn sich, seitdem die Bundesregierung in Bonn unter christlich-demokratischer Führung steht, in Hessen das Aufkommen an den Hauptsteuern von 566 Millionen DM auf 1022 Millionen DM erhöht hat, dann steht fest, daß die Steuerpolitik des Bundes heute dem Land einen Steuerbetrag gewährleistet und beläßt, der höher ist als das Gesamtaufkommen an diesen Steuern in Hessen im Jahre 1949.“

Auch die der hessischen Wirtschaft in besonderem Maße zugute kommende

Steigerung des Exportes ist der Außenpolitik und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu danken. Das durch die Bundespolitik geschaffene Vertrauen sowohl beim Sparer im Inland wie auch in politischen und wirtschaftlichen Kreisen des Auslandes war eine wesentliche Voraussetzung gerade für die bei diesem Wahlkampf von der SPD-Regierung mit berechtigter Genugtuung herausgestellten Ergebnisse der Landespolitik. Dr. Großkopf schloß mit den Worten:

„So wollen wir denn nicht sagen: Hessen baut auf, wollen nicht sagen: der Steuerzahler baut auf; wir wollen der motorischen Kraft des deutschen Fleißes den ihr gebührenden Rang bei dieser Leistung einräumen. Wir wollen sagen, daß diese Gemeinschaftsleistung es nicht rechtfertigt, daß in diesem Hause alle versucht haben, ihre Pflicht zu tun, um die sozialen Leistungen auf ein Höchstmaß zu bringen, daß wir das aber nur konnten, weil eine verantwortungsbewußte und erfolgreiche Bundesregierung die Voraussetzungen dafür schuf.“

Miteigentum statt Sozialisierung

„Ungeheurer Reichtum ist seit 1948 entstanden, geschaffen von uns allen, aber im Besitz von wenigen... und immer höher steigen die Dividenden.“ Das ist eine der Parolen, dieses Mal aus der Feder des bayerischen SPD-Vorsitzenden von Knoering, mit denen der „neutrale“ DGB den Wahlkampf der SPD in Bayern führt.

In diesem Zusammenhang erhebt sich eine Frage an den DGB, der für die SPD ja in hundert Variationen solche „indirekte“ Wahlpropaganda treibt: Wer hat denn Miteigentum für die am Wiederaufbau beteiligte Arbeitnehmerschaft gefordert, und wer hat sie abgelehnt? Heute ist die Forderung des christlichen Arbeitnehmers, dem Arbeiter ein angemessenes Miteigentum am Vermögenszuwachs der Produktionsmittel zu geben, Programm der CDU/CSU. Die SPD aber ist heute wie in den Blütezeiten des Sozialisierungsfimmels dagegen. Und der DGB-Kongreß in Frankfurt beschloß im Oktober 1954: „Die deutschen Gewerkschaften (die DAG ausgenommen) lehnen das Miteigentum an Produktionsmitteln in Form der Arbeitnehmeraktie oder ähnlicher Beteiligungsformen ab. Das Miteigentum ändert nichts an dem heutigen Wirtschaftssystem und den damit verbundenen Machtverhältnissen.“

Demgegenüber ist festzustellen: Das (vom DGB bejahte private) Lohnsparen ist kein Ersatz für Miteigentum an der natürlichen Vermögenvermehrung der Wirtschaft. Dr. H. Bachmann vom Landesbezirk Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes schrieb zu diesem Thema: „Die Sachwerte den Kapitalisten, die Geldwerte den Arbeitnehmern, das wäre keine Lösung... So machte man ja die Arbeitnehmer zu Eigentümern minderer Klasse, die zudem mit jeder Lohnerhöhung ihr Eigentum selber entwerten. Nur Sachwerteigentum, das in Kapital und Ertrag wertbeständig ist, löst unser Problem“ (der gerechten Eigentumsverteilung an Stelle der Enteignung aller im Streben nach sozialer Gerechtigkeit).

Am heutigen Wirtschaftssystem würde sich in der Tat nichts ändern, d. h. an der bewährten Marktwirtschaft, die den Gewerkschaften erst die Möglichkeit zur Aktivität gibt. Am Vermögenssystem — das man angreift, und nicht die wirtschaftlichen Erfolge selbst — würde sich dagegen sehr viel verändern. Wir zitieren nochmals Dr. H. Bachmann: „Ich berechnete, welche vermögensumschichtende Wirkung aus der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Selbstfinanzierung der Unternehmen entstehen könnte. Das Ergebnis war, daß bei einer jährlichen Aktienaussgabe an die Arbeitnehmer in Höhe von durchschnittlich 2% des tatsächlichen Kapitals der Unternehmen binnen 28 Jahren die Hälfte des Eigentums in die Hände der Arbeitnehmer gelangt wäre, binnen 42 Jahren zwei Drittel des Eigentums.“ — Das gibt doch eine Vorstellung von der gerechten Ausgleichswirkung eines solchen Miteigentums, das zudem ohne Enteignung und ungerechte Benachteiligung vor sich ginge, weil steuerliche Vorteile und das erhöhte Interesse der Arbeitnehmer am Betrieb das Opfer der Aktionäre nahezu ausgleichen könnte. —

Wann wird wohl die christlich-soziale Forderung nach „Miteigentum statt Sozialisierung“ von dieser die heutige Eigentumsverteilung angreifenden, am marxistisch-sozialistischen Ideengutklebenden Partei übernommen werden? Im übrigen sollte man nicht so viel von Dividenden reden. Jeder Genosse, der seine Parteizeitung vom 8. 10. 1954 gelesen hat, wird im „Neuen Vorwärts-Wirtschaftsspiegel“ gesehen haben, daß die „immer höher steigenden Dividenden“ 1953 erst durchschnittlich 5%, und heute

Nicht verteidigungswert?

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Holz, Heinz Seeger, entblödete sich nicht, zur Verteidigung der ablehnenden Stellungnahme des DGB gegen jeden deutschen Wehrbeitrag zu erklären: „Der DGB-Kongreß hielt die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik nicht für verteidigungswert.“ Abgesehen davon, daß hier ein Gewerkschaftsvertreter mit seinem Kollegen und Vorsitzenden Freitag sich in eklatanten Widerspruch setzte und in einem in 220 000 Exemplaren erscheinenden DGB-Blatt wörtlich die Propagandaparolen des Ostregimes übernahm, ist auch sachlich eine solche Stellungnahme gewissenlos, verantwortungslos und wider besseres Wissen. Im „Deutschen Monatsblatt“ (November-Ausgabe) wird diesem eigenartigen Arbeitervertreter in einer Epistel „Gegen die Tod-sünde der Vergeßlichkeit“ eine wie für ihn geschriebene Antwort erteilt. Es heißt dort:

„Welch eine Unwahrheit, uns weismachen zu wollen, daß wir in unserem jungen Staat nichts zu verteidigen hätten, nichts, was uns lieb, nichts, was uns wertvoll wäre. Das ist purer Dummenfang. Unendlich viel ist zu bewahren und zu schützen: Die Freiheit zu reden. Oder nicht, Herr Wirth? Die Freiheit zu wählen. Oder nicht, Herr Ollenhauer? Die Freiheit zu streiken. Oder nicht, Herr Freitag? Die Freiheit der Religion. Oder nicht, Herr Kirchenpräsident Niemöller? Die Freiheit der tüchtigen Leistung. Oder nicht, Herr Fabrikant? Die Freiheit der gefüllten Läden! Oder nicht, geehrte Hausfrau mit dem Entfettungstee zum Morgenkaffee? Die Freiheit von der Geheimpolizei, die Freiheit von Hennecken, die Freiheit von Zwangsverschleppung. Ist das nichts?

Und du, Hilfsarbeiter, der du mehr vom Speck als von Postulaten hältst, hast du nichts zu verteidigen? Deinen Urlaubsanspruch nicht, deinen besseren Lohn nicht, den freien Arbeitsplatzwechsel nicht, die Wohnung nicht, die

auch für dich gebaut wird? Auch das ist zu verteidigen: die Fürsorge für deinen alten Vater, die Schulen, für deine Kinder, dein freier Sonntag, deine Zigarretten und deine Weihnachtsgratifikation.

Früher war das deutsche Erbübel die Zwietracht. Heute ist es die Vergeßlichkeit. Es ist noch keine sechs Jahre her, da hatte der Normalverbrau-

cher als Tagesportion zu verzehren: 3 Gramm Fleisch, 13 Gramm Fett, 2 Gramm Käse, 4 Gramm Kaffee-Ersatz, 5 Scheiben Mäisbrot und ein achtundzwanzigstel Liter entrahmter Frischmilch. Nur die Mottenkugeln waren markenfrei.

Ihr Männer in Bonn: Eröffnet den Feldzug gegen die Vergeßlichkeit früh genug. Dann kann nichts schief gehen. Das Volk ist nicht undankbar.“

Staatliche Sozialleistungen

Die Staatsbeteiligungen an den Aufwendungen für die soziale Sicherheit sind seit 1949 von Jahr zu Jahr gestiegen. Sie zeigen folgenden Entwicklungsgang (in Mill. DM):

	1949	1950	1951	1952	1953 1. Halbj.
Invalidentversicherung	266	545	715	974	682
Angestelltenversicherung	36	58	138	236	196
Knappsch. Rentenversicherung	115	111	165	213	128
Unfallversicherung	4	8	9	12	—
Kriegsopferversorgung	1775	2229	2871	3577	1481
Arbeitslosenfürs. (ohne Arbeitslosvers.)	492	996	1082	1030	528
Krankenversicherung	9	17	21	27	12

Die Staatsbeteiligungen sind seit dem 2. Halbjahr 1950 fast nur noch Bundeszuschüsse, da nach dem Überleitungsgesetz vom 1. 4. 1950 die Beteiligung der Länder auf ein Mindestmaß beschränkt wurde.

Arbeitslosigkeit älterer Angestellter

In einem Sonderbericht „Die Arbeitslosigkeit älterer Angestellter als Problem der Arbeitslosigkeit“ wendet sich die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegen „unzutreffende Vorstellungen“. Selbstverständlich herrschte, heißt es da, unter den nichtbeschäftigten älteren (über 45jährigen) Angestellten bittere Not, aber die Lage habe sich in den letzten Jahren nicht verschlechtert, sondern gebessert: Die Arbeitsämter vermittelten „laufend in großer Zahl ältere Angestellte in Beschäftigung“, der Schwerpunkt der Arbeitslosigkeit liege nicht bei den langfristigen, sondern bei den „noch nicht so lange“ Arbeitslosen, nicht alle Gruppen seien gleichmäßig von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen, sondern in erster Linie die kaufmännischen, Verwaltungs- und Büroberufe und hierbei vor allem die weniger qualifizierten Berufe.

Nach den Angaben der Bundesanstalt ist die Zahl der arbeitslosen älteren Angestellten von 104 000 Ende Oktober 1950 auf 72 000 Ende Juli 1954, also um 32 000 zurückgegangen. Besonders beachtlich ist der Rückgang bei den männlichen Angestellten (von 82 000 auf 51 000). Aber dennoch wird man nicht sagen können, daß das Ergebnis bereits befriedigend sei. Die statistische Zahl 72 000 umfaßt sicher noch nicht einmal alle arbeitslosen Angestellten. Wenn nicht weniger als rund 40 Prozent der genannten 72 000 bereits länger als zwei Jahre arbeitslos sind, dann erregt das doch Besorgnis und Anteilnahme. Und auch zwei Jahre — ist das etwa „noch nicht so lange“? Es ist zu hoffen, daß die mit der Wiederbewaffnung verbundene noch stärkere Verknappung von Facharbeitkräften und jüngeren Jahrgängen auch hier eine Lösung bringt.

Miteigentum statt Sozialisierung

6,3 % betragen. Wer langfristig spart, ist kaum schlechter dran, und das ohne Risiko.

Man kann es eben so und so darstellen. Man hat zum Beispiel im DGB und in der SPD heftig kritisiert, daß für ausgeschüttete Gewinne im Regierungsentwurf zur Steuerreform nur 30 % veranschlagt waren. Heute hat Schäffer diese „kapitalistenfreundliche“ Vergünstigung gestrichen, um mit den dadurch eingesparten Mitteln im Sinne des sog. Neuburger-Vorschlages der CDU/CSU die Steuern für mittlere und kleine Einkommen stärker senken zu können. Nun kommentiert die „Welt der Arbeit“: „Die Vorteile, die Minister Schäffer gewährt hat, sind gering... Demgegenüber steht eine Fülle von Nachteilen, die der Bundesfinanzminister... raffiniert serviert hat...“ — „Was ich mache, ist verkehrt“, sagte der Bundeskanzler am 7. 10. 1954 zur Opposition, denn die SPD ist immer dagegen. Und der DGB macht es — in charakteristischer Parteidisziplin — eben nach.

Faires Urteil aus England: Außenhandelskonkurrenz

In einer eingehenden Untersuchung über den deutschen Außenhandel und die Methoden seiner Finanzierung kommt das angesehene englische Kreditversicherungsinstitut „Credit Insurance Association Ltd., London“ zu folgendem Ergebnis: „Die deutsche Konkurrenz ist nicht so ernst, wie zuweilen vermutet wird. Das soll nicht besagen, daß sie nicht außerordentlich scharf auf gewissen Märkten und in gewissen Branchen ist.“ Das Vereinigte Königreich habe aber im letzten Jahr einen Ausfuhrumsatz von 114 Pfd. = 1341 DM, Deutschland dagegen nur 80 Pfd. = 941 DM pro Kopf der werk-tätigen Bevölkerung gehabt.

Das Institut betont, daß die deutschen Exporteure keine speziellen Vorteile in

der Außenhandelsfinanzierung genießen und daß die deutschen Banken keineswegs geneigt sind, unbillige Risiken zu übernehmen, vielmehr eine genaue Kreditkontrolle ausüben. Hinsichtlich der Preise gebe es freilich viele Fälle, in denen die Briten geschlagen würden, aber umgekehrt sei oft auch das englische Preisangebot niedriger. Notwendig sei die Schaffung eines Weltmarktes, der fähig sei, den Absatz beider Länder aufzunehmen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schlieffach 102 Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU Bonn, Post-scheck-Konto Köln 365 31; Bankverein Westdeutsch-land, Bonn Nr. 74 87. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn